

Vorfrische



Zeitung

10 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise ufm. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard Verant.
Red. (u. Ausg. d. Handelt.): v. V. Dr. Ernst v. Müller, Dir.
Dov. Manuskripte werden zurückergeben, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Parasport-Zentrale Ullstein: Ami Dönhofs (A 7) 3000-3004,
für den Paracurve-Kauf Ami Dönhofs 3068-3069. Telegramm-
Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 600.

Zweigeris Besuch in Weimar

Ankunft des Reichsgerichtes

Weimar, 30. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Staatssekretär Zweigert aus dem Reichsinnenministerium trat am Morgen abend nach Weimar, der für künftige Reichsgerichtssitzungen den angestrichelten Besuchsplan. Unter dem Vorwand und das Ergebnis wird vom künftigen Staatsministerium eine Mitteilung folgenden Wortlautes bekanntgegeben:

„Staatssekretär Zweigert hat die zwischen dem Reich und Thüringen bestehenden Meinungsverschiedenheiten heute in einer eingehenden Konferenz mit dem Vorsitzenden und dem beteiligten Mitgliedern des thüringischen Staatsministeriums besprochen.“

Gegenstand der Aussprache bildete zunächst die Weimarer Erklärung über die Frage ob der § 3 des 1. des thüringischen Ermächtigungsgesetzes mit Artikel 120 der Reichsverfassung, was nach mehrmaligen Rücksprache der Beamten unvereinbar ist, vereinbar ist. Die Rechtsfrage wurde nochmals besprochen. Eine Einigung wurde nicht erzielt. Die Frage soll deshalb, wie schon früher in Aussicht genommen war, gemäß Artikel 13 des 2. der Reichsverfassung zur Entscheidung des Reichsgerichts gebracht werden.“

Die Aufstellung des Reichs und der thüringischen Regierung werden in der Form, wie für den Reichsgerichtssitzungsbetrieb werden soll, im einzelnen endgültig festgelegt. Der gemeinsame Antrag des Reichs und Thüringens, die die Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, wird dem Reichsgericht vorgelegt. Eine Entscheidung ist in Kürze zu erwarten, da beiderseits auf Abgabe weiterer Erklärungen und auf mündliche Verhandlung verzichtet ist. Bis zur Entscheidung des Reichsgerichts, die in diesem Falle Gegenstand ist, verbleibt es bei der Frage des thüringischen Reichs, welche Verfügungen in den Westland, die ihre Gültigkeit nach § 3 Abs. 1 des Ermächtigungsgesetzes finden, nicht vorzunehmen.

Freier brachte Staatssekretär Zweigert eine Reihe von Mitteilungen zur Sprache, die dem Reichsministerium des Innern von verschiedenen Seiten, insbesondere auch aus der Presse, bekannt geworden sind, und die sich in der Hauptsache auf die politischen Strömungen in der Landespolitik Thüringens beziehen. Die einzelnen Fälle werden erörtert. Soweit eine Aufklärung noch nicht möglich war, hat die thüringische Regierung zugesagt, die Fälle nachzuklären und dann dem Reichsministerium des Innern weitere Mitteilungen zu machen.

Was insbesondere die Nachrichten über Veränderungen in der thüringischen Schulpolitik betrifft, so hat die thüringische Regierung nochmals auf ihre, dem Reichsminister Dr. Wirth abgegebene Erklärung verwiesen, daß seit dem Dienstantritt des Ministers Friedt insbesondere keine Ausstellungen oder Entlassungen von Lehrkräften nicht vorgenommen werden seien, mit Ausnahme derjenigen, die sich aus dem Ausscheiden des Ministers Friedt in Aussicht genommen waren.

Weiter das Ergebnis der Besprechungen im einzelnen wird Staatssekretär Zweigert Reichsminister Dr. Wirth alsbald Bericht erstatten.

Nationalsozialistische

Pollzeidirektoren?

Daß der Ministerpräsident Baum den guten Willen hat, die Besprechungen zu halten, die er bei seinem Berliner Besuch gemacht hat, wird niemand bezweifeln. Es liegt sich nur, die Nationalsozialisten der Nationalsozialisten imstande sein werden, Herrn Friedt und die Seinen in Raum zu halten. Das muß bis zum Beweis des Gegenteils bezweifelt werden.

Die Nationalsozialisten sind in die thüringische Regierung mit denselben Absichten eingetreten, die die Kommunisten 1923 bei demselben Schritt verfolgten. Sie wollen die ihnen einschwebenden Hoffnungen bzw. wünschenden. Ihre Hingebenen Ziele unter dem Schutz des Reichsgerichts zu verfolgen und die Kräfte des öffentlichen Lebens auszunutzen und zu schwächen. Wie viel von diesen Zielen bisher verwirklicht worden ist, kann dahingestellt bleiben. Die Kontrolle der Öffentlichkeit hat bisher manche Mißstände nicht zur Reife gebracht lassen. Die größten Bedenken flüßt die Absicht ein, das Maßinstrument des Staates, die Polizei, in nationalsozialistische Hände zu verfrachten und auszuüben.

Man erinnert sich an den Eisenacher Fall, bei dem ein Bewerber für die Leitung der dortigen Polizei noch gelang wurde, sich zurückergeben zu lassen, was ein Kreiler der Reichsregierung zu befragen, weil sonst seine Ernennung nicht erfolgen könnte. Jetzt wird bekannt, daß in Weimar und

in Gera Nationalsozialisten als Polizeidirektoren in Aussicht genommen wurden.
In Weimar soll der als unparteiischer Fachmann anerkannter Polizeirat Böhre abgebeten werden und durch den nationalsozialistischen Gerichtspräsident Ostlepp ersetzt werden.

Protestnote in Warschau

Gegen Ueberfliegen des deutschen Gebietes

Die Reichsregierung hat durch ihre Gesandtschaft in Warschau bei der polnischen Regierung Protest gegen die wiederholte Ueberfliegen des Gebietes durch polnische Militärflugzeuge angetragen.

Es ist einmündig festgestellt worden, daß am 23. April ein polnischer Militärflieger bei Deutsch-Ostlau gestoppt wurde und am 28. April bei polnischer Militärflugzeuge im Reichsgebiet in Ostpreußen. Außerdem wurde weitere unzulässige Ueberfliegen des deutschen Gebietes um dieselbe Zeit festgehalten.

Demokratische Partei-Diskussionen

Eine Reihe von Organisationen der Demokratischen Partei hat in letzter Zeit der Ablehnung gegen die neue Reichsregierung Ausdruck gegeben und scharfe Resolutionen gegen die Unterzeichnung dieser Regierung gefaßt. Weiterhin wird auch gegen die Pläne einer Parteivereinigung der Mitte Stellung genommen. Eine solche Position kann sehr richtig sein, wenn dabei das Ziel verfolgt wird, die westlichen Strömungen in der Bevölkerung zur Kenntnis der Parteiführung zu bringen. Es kann aber nicht Aufgabe der Presse sein, jede einzelne Einseitigkeit, die irgendwo im Deutschen Reich von einer Parteioffiziellen gefaßt wird, in dem Maße sehr ausführlichen Vortrags wiederzugeben. Beschlüsse, die für den inneren Parteigebrauch bestimmt sind, die sich auf die öffentliche Führung oder auf die Zentralleitung wenden, sollten überhaupt nur ausnahmsweise an die Öffentlichkeit gebracht werden. Einen Maßstab für die Stärke politischer Strömungen können Resolutionen enger Parteigremien nicht bieten, zumal ihr Einfluß auf die große Masse der unorganisierten und unparteilichen Wähler schwer abzuschätzen ist.

Gegen Brüning

Der demokratische Parteivorstand für den Verwaltungsbereich Braunschweig hat eine Entschließung gefaßt, in der gebotet wird, die Parteimitglieder in sozialdemokratischen, demokratischen und republikanischen Gassen mitzuführen und in der Wählerliste

Abonnentengemeinschaft Staatsheimat-Reisbar abgeschlossen

Heute um 2 Uhr nachmittags ist bei der „Vollständigen Zeitung“ vor mehreren Wochen angeblühende Abonnentensatzung zwischen dem Staatsheimat (Vater unter den Linden, Schopenhauerstr. am Gendarmenmarkt) und dem Reisbar angeschlossen. Bühren (Reinhold, Barnewitz, Dr. Klein) unterzeichnet worden.

Druprogramm im Kabinett

Gehts Gegenstände

Das Reichskabinett wird morgen das angeblühende Programm für die nächste Session: Das eigentliche Druprogramm ist bisher nicht in Urteilen festgelegt und liegt zur Zeit in Form eines Referentenentwurfs dem Kabinett zur Beratung vor. Beschlüsse in ein Rahmengesetz, das sehr Einzelvorschriften enthält. Das Rahmengesetz soll die Ermächtigung für die Regierung enthalten, die zur Durchführung des Programms erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. Gelegentlich soll ein Reichstagsminister mit

in Gera wird als künftiger staatlicher Polizeidirektor der Staatsanwaltschaftsrat Fioel genannt, der ebenfalls der Stillpraktik befreit ist.

Was die Beziehung leitender Polizeiposten durch extreme staatsfeindliche Persönlichkeiten bedeutet, braucht nicht näher ausgeführt zu werden. Man darf an den Minister Wirth die Frage richten, ob er solche Ernennungen für vereinbar mit den Verpflichtungen hält, die aus der Zumennung von Reichsmitteilern für Polizeiwesen erwachsen.

haben, über die die Ermittlungen noch nicht endgültig abgeschlossen sind.

Der deutsche Protest wird daran erinnern, daß im Oktober vorigen Jahres von der polnischen Regierung weitgehende Zusicherungen gemacht wurden, daß ein Ueberfliegen des deutschen Gebietes durch polnische Militärflugzeuge, das im Sommer vergangenen Jahres ebenfalls häufig war, streng untersagt werden sollte. Wenn dieser Protest in Warschau nicht den erwiderten Erfolg haben sollte, wird man auf eine Verordnung zurückgreifen, die bereits 1924 von dem Reichsinnenministerium erlassen worden ist. Diese Verordnung bestimmt, daß Militärflieger fremder Staaten über deutsches Gebiet durch Signalzeichen von der Erde aus zum Landen anzuhalten und bei Verweigerung durch polizeiliche Maßnahmen zur Landung gezwungen werden können.

im Parlament zu verhärteter Stellung zu bringen. Die Reichstagsaktion wird angefordert, den Austritt aus der Regierung beizutragen herbeizuführen und die Beizulassung des Parteiprogramms B abzulehnen. Eine Fusion mit der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei wird abgelehnt, weil diese Parteien in sozialdemokratischen und republikanischen Fragen nicht als zuverlässig angesehen werden könnten.

Leipzig, 30. April | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Führung der Demokratischen Partei wendet sich in eine Entschließung gegen die Reichsregierung, die sich gegen die Unterzeichnung der kulturellen Unfreiheit, der militärischen Unterdrückung und der Subventionierung des Großgrundbesitzes verhalten habe. Der Untertritt zu einem neuen Parteigebilde komme für die Leipziger Demokraten nur dann in Betracht, wenn dieses alle seine Mitglieder von vornherein auf die demokratischen Kerngebieten des sozialen Ausgleichs, des zwanglosen Kulturkampfes und der Stillereinhaltung als die höchsten Mittel zur Sicherung des deutschen Volkstums verpflichte.

Langens Rücktritt angenommen

Der gefühlvollste Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein der Demokratischen Partei stimmte in einer in der Abgeordneten Sitzung dem Rücktritt des von seinem Reichstagsmandat zurückgetretenen Abgeordneten Langen zu. Frau Dr. Emilie Kiep-Lentzsch wird das freigewordene Reichstagsmandat übernehmen.

Der Auslieferung beauftragt werden. Die Einzelvorschriften beginnen mit den Maßnahmen zur Sicherung der Weimarer landwirtschaftlichen Grundbesitzer. Hierunter sind alle Anlagen zu verstehen, die am besten mit dem Begriff „Landwirtschaft“ bezeichnet werden können. Weitere Vorläge befallen sich mit der Frage der Kohlenlieferung. Die Regierung soll in die Lage versetzt werden, die Reichsteuer-Einsten und die Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufungsgenossenschaften zu senken. Ein weiteres Ziel wird zur Befreiung landwirtschaftlicher Betriebe die Vergabe von Darlehen und Zuschüssen zu erlangen. Darüber hinaus wird durch folgende Bestimmungen der Ausbau des Straßen- und Wasserstraßennetzes und die Förderung des Baues von Eisenbahnlinien vorgezogen. Die rechtlichen Bestimmungen gelten der Befreiung der erforderlichen Mittel und der Durchführung der Finanzanlagen.

Der deutsche Flottenbesuch im Mittelmeer

Die deutsche Flottenabteilung, die in den italienischen Häfen zu Galt ist, hat, wie aus den Wätern hervorgeht, eine herzliche Begrüßung bei den Behörden und auch bei der Bevölkerung gefunden. In Palermo hat die Deutsche Kolonne von Offizieren und Mannschaften einen Ehrenempfang gegeben, zu dem auch die Behörden der Stadt geladen und erschienen waren.

Rechtsfahren in Oesterreich

Uebergangskrist bis 1932

Wien, im April

In einem Stück Oesterreichs fahrt man jetzt rechts, in einem anderen links.

Seit dem 2. April fahrt man in Tirol und einem Teil des Landes Salzburg rechts, so wie im Deutschen Reich; man fahrt schon früher rechts in Bessarabien, wo man Wien gar nicht gefast hätte. Man wird in Steier- und Oberösterreich, in Gmünd, Kärnten und dem Burgenland noch während einer Uebergangskrist, bis spätestens 1. Dezember 1932, links fahren müssen, was allerdings bis Mittel aufbringen müssen, um Straßenbahnen entsprechend mit ihren Gasseiten und Zeichen umzubauen.

Man hat nicht am 1. April, sondern am 2. April in Tirol und Salzburg das Fahren von links auf rechts verlegt. Mit Bedacht! Es wurde befohlen, daß einige Leute an einen Kirchtag glauben könnten. Die Gegner der Reform, unter denen sich Alt-österreichische Führer, die sich nicht von dem Wagnis und überdies nicht von eigenartigen schwarzgelben Rechtsgerichten abblöden sind, werden enttäuscht sein, daß ihre Wagnisse, man werde eine weitere Falschfahrt von Ueberfahrern und ein Wesenswandel durch Zusammenstoße heraufzubekommen, so völlig unerfüllt bleiben. Sowohl aus dem Salzburger als aus Tirol wird gemeldet, daß nicht das Heilmittel Salzburger gelockt hatte man durch zahllose Verfälle die Ueberfahrt durch den Wegweiser bis Mittel aufbringen müssen, um Straßenbahnen nachträglich auf die Aenderung hinbringen und als so langsame fahren angehalten.

Der rechtsübergehende Tourist, der mit seinem Wagen hauptsächlich ins Salzburgerische und nach Tirol kam, war immer ungeschlagen, doch dort noch „rechtslinks“ links gefahren wurde. Nicht weniger als 18 3 u p f i r t a n e n müssen von dem linken Wegweiser über die Straße bis zum Mittel rechts gefahren wird, und der Schwanz über dem Mittel rechts gefahren wird. Wenn jetzt noch die Plage der Autokennzeichen in Tirol allmählich gehorcht würde, wäre das Vergnügen, in diesen fremden Gegenden zu fahren, vollkommen. Der Deutsche Automobilist stellt allerdings eine scharfe Verwarnung, weil abgesehen von der ungeliebten Tiroler Verkehrssteuer von 10 Schilling pro Wagen, noch vierzig bis fünfzig Reichsmark für den Benutzungsbeitrag zu zahlen vermehren. Man kann nicht sagen, daß es wohl wichtiger ist, die fremden zahlreich nach Tirol zu führen, als ihnen durch ständige Prüfen und Aufhalten an allen Straßen das Land zu verzeihen.

Den rechtsübergehenden Gästen muß besonders zu Gemüte geführt werden, daß die Reform des Verkehrsrechts sich nur auf einen Teil des Salzburgerischen Landes erstrecken wird. Das Salzburger ist mit den zwei Gmündern verbunden, die in Oesterreich, wie eingangs gesagt noch durch recht viele Monate fortbewahrt, und darum müßte sich die hierherkommenden, die sich mit der Aufgabe abfinden, daß sämtliche Fahren in der Uebergangskrist von links auf rechts verlegt wird. Auch für die österreichischen Fahrer bedeutet das Problem keine Freude; ihre Wagen haben die Führer rechts, was bekanntlich das Einhalten erschwert.

Im Wien will man am längsten mit der Denselben Stadt über, rechter Hand, beide verfahren, wobei die Straßenbahn für den Umbau viele hundertaufende Schilling aufbringen muß. Es wird dann auch die in der inneren Stadt mit ihren vielen engen Straßen getragene Verkehrsordnung wieder völlig umgeworfen werden müssen. Nach rechtsübergehenden Wägen hat man die Ein-

behalten mit auffälligen roten Tafeln versehen; einem jeden ist in Pfeil und Wort Uebergegangen, wo die Einfahrt verboten, wo sie erlaubt ist, wo man auf der rechten, wo auf der linken Straßenseite halten darf. Wer das Obertein eines Schöpfers kennt, wird sich bei den laufenden rechts und links Pfählen für den Stützungsarbeiten gebildet haben, die automatisch funktionieren und

nur schwer eine Umstellung erfahren werden. Das auf der Landstraße und in den kleineren Städten noch immer leicht ist, wird in den Wien mit seinen vielen Verkehrsstellen immer flach gehen. Es wäre besser gewesen, wenn man in ganz Oesterreich mit einem Schläger die Revolution des Verkehrsrechts durchgeführt und sich damit nicht nur Deutschland, sondern auch Europa angeklagt hätte. Italien und Großbritannien mit der Umwandlung müßig voranz; das werden die Verkehrsverhältnisse in Ungarn mit dem Einfahren allmählich sein, wenn sich nicht auch dort der Wille zum Panzer des Verkehrsrechts durchsetzen wird.

Karl L. L. H. M.

Erbschaft der Diktatur

Spanische „Olla podrida“

Madrid, Ende April

„Mischmasch, Märrerei, Durcheinander.“ Das ist die überragende Bezeichnung der spanischen Revolution. „Olla podrida“, und ist auch die jetzige Lage im Lande. Nach der langen Zeit erzwungener Ruhe, hat nun alle Kräfte in Wallung und Gährung; Alles kehrt wieder auf, neues entsteht, vieles ändert sich, neuartige politische Zusammenstöße und Trennungen bilden sich. Die „Olla“ (Topf) ist wirklich ein Drogenfest, ein Schmelztiegel, aus dem das neue Spanien hervorgeht. Und damit der Vergleich gerechtfertigt werden kann, sei es richtig und nicht allseitig gültig. Dem „podrida“ heißt es sich „verrotten“.

Obwohl Spania, Antonio Maura ältester Sohn, ein Mann von Verantwortungsgelb, der sogar in der „Nationalversammlung“ der Diktatur seinem Vaterland Dienste leisten sollte (bis er endlich, das es sich um eine lamentable Römische handelte), schrieb zwei Bände historischer Betrachtungen über die Diktatur, die in ihrer unbildigen Ausdehnung die ersten Bücher sind, die die menschliche Vergangenheit nicht politisch und polemisch, sondern geschichtlich und wissenschaftlich behandeln. Maura's Darstellung ist, obgleich sie keinen der obersten des Diktators unermüdet läßt und verurteilt, eine scharfe Lebensgeschichte als verachtende Kritik seiner Gesamtleistung.

Neue kann niemand mehr bestreiten, daß die Diktatur-Verfassung und Wirtschaft politisch und ökonomisch furchtbar verlegt hat, und daß der „Alter Spaniens“ — sein ganzes Werk ist ein unerschöpfliches in einem historischen Werk. Alles, was er jagend verurteilt, geht zurück auf die politische und ökonomische Krise der letzten Jahre; ist alles, was die von seinem unerschöpflichen Optimismus bis zur Tragik verurteilte Diktatur als unvermeidliche Ereignis angesehen hat, und was wirklich von vielen als ein Schritt und Gehen beiseite angesehen wurde, zerging wie Spinnweben.

Primo de Rivera wollte die „Politik“ ein für alle Male von Spanien ausrotten. Ichung ist täglich aufs neue los. Jetzt aber

ist die politische Verfassung, gerade deswegen, mehr entsetzt als jemals in diesem Jahrhundert. Aggressionen der Republikaner, beiseits bei den Monarchisten. Freilich befristet sich die Bewegung auf die größten Städte. Auf dem ländlichen Land gibt es keine kleine sozialistische oder republikanische und agrarische Vereine; und, allerdings nicht wenige, aus daß der Schritt anstößig gefundene Individuen. Aber noch nichts als kirchliche Verfassungen, die Macht des Klerus, und dem Schicksal der Sozialisten und der Bauern, die nichts anderes sind als arme Leute, die einige Fehler besitzen.

In einigen Gegenden war früher der Stimmenlaut gang und gäbe; 25 Prozent war der Partei. In anderen Gegenden war man gewohnt, die Sache mit Gewalt zu machen, durch Drohungen und Verhaftungen. Und überall im Lande durch die besten Schichten; ganze Schichten erfindende Personen stimmten ab, um die Sache der unterliegenden Stimmgeber auszusprechen. Die Freischütze wurden lebendig, und Kinnamen für den Widerstand. Die Partei wurde im Norden nutzlos, um die Verfassung, die Verfassung zu günstiger Zeit zu werden, nachdem die Gemerarchie die „Verdächtigen“ vorher nicht als Wohlthäter hatte herantommen lassen. Wird das alles wiederkehren?

Antonio Maura legte dem König Alfonso am Ende August 1923, als die Partei im letzten Instanz, wie er sich zur einzigen Notwendigkeit eines Staatsrechts mit nachfolgender Diktatur verhält: Spaniens Wiederherstellung kann nur darin bestehen, daß das Volk ein neues Verfassungssystem beschließt und die ihm zumutbare politische Stellung einnimmt. Obgleich das nicht nur rechten Zeit, so hat es auch viel Gutes. Und niemand und nichts wird es zerstören.“

Was ist hier gesagt. Die Führer von heute werden dieses Ziel noch nicht erreichen. Vielleicht wird mit der nächsten Generation anfangen werden, wenn die jetzigen Studenten, die fast unannehmlich (fast) links stehen, überflüssig Führerrollen innehaben und etwas Leben und Wachen in die neue Spania hinausbringen. Dann allerdings wird die Republik eine notwendige Aufgabe sein.

Edward Fortsch.

Oesterreichische Arbeiter nach Frankreich

Wien, 30. April | Ulsteins-Nachrichtendienst

Zwischen der österreichischen und der französischen Regierung ist ein Abkommen geschlossen worden, nach dem 15 000 österreichische Arbeiter in den letzten drei Jahren in Frankreich Beschäftigung finden sollen.

Die Arbeiter sollen in erster Linie bei Beschäftigungsarbeiten an der italienischen Grenze beschäftigt werden. Die österreichische

Regierung hat sich ausdrücklich ausgedrückt, daß die Arbeiter nicht an der deutschen Grenze tätig sein sollen. Dieser Vertrag, der in verschiedener Hinsicht ungewöhnlich ist, muß aus der großen Arbeitslosigkeit in Oesterreich resultieren werden.

Schaumburg-Lippe in Not

Hannover, 30. April | Ulsteins-Nachrichtendienst

Im Schaumburg-Lippischen Ländern ergeben sich nach der Ablegung des Antrags auf ein Verlangen eines Schlichterleiten. Die sozialdemokratische Regierung hat ein Verlangen beantragt, wonach ein Betrag von rund 230 000 Mark zur Finanzierung des Staatsbankrotts fortan nicht mehr vom Staat, sondern von den Gemeindefiskus auszugeben ist. Dieses Verlangen wurde die Regierung nachdrücklich vom Landtag zurückgewiesen.

Bei den schlichterleiten Abgeordneten, einschließlich des Oesterreichischen Reichstages, wurde an diesem Vorhaben der Regierung folgende Kritik geäußert, am 1. April 1923 von der Reichsversammlung angenommen und mit der Annahme des Staatserweiterungsgebot, falls die Regierung das Verlangen nicht zurückzieht. Ein Abgeordneter einer bürgerlichen Partei, die den Antrags auf ein Verlangen abgelehnt hat, forderte die Auflösung des Landtags und Neuwahlen.

Beamtenläserei in Sachsen?

Im die erneute Landtagsauflösung in Sachsen zu vermeiden, hat der demokratische Abgeordnete Dehne den Vorstoß, ein ampolitisches Beamtenabkündigen zu beantragen. Die bisherigen Beamtenabkündigen sind nicht zu garantieren, falls die Beamten abkündigen werden. Man können einen von ihnen oder einen Beamten dieser Art zum Ministerpräsidenten wählen und das Kabinett auf vier oder fünf Minister beschließen. Wenn man höhere Staatsämter aus dem Ausfallhand befristet geminne, wäre die finanzielle Belastung des Staates die bestenfalls niedrigste.

Im den Rätefall

Missgünstige Finanzlage

Der deutsche Landtagsabgeordnete Seite mit den finnischen Räteparlamenten geführte Unterhandlungen, die auf eine Befestigung der bestehenden Bindung der deutschen Rätefolge abzielen, wurden gestern abgebrochen. Von deutscher Seite war der Vorstoß gemacht worden, Finnland die Übernahme bestimmter Kontingente zu lassen. Finnland unterdrückt einer möglichen eigenen Entscheidung der bestenfalls zu garantieren, falls die finnischen Abgeordneten, der von finnischen Regierung die Freigabe der Rätefolge zu erwirren. Die Finnen antworteten, daß die Freigabe der Rätefolge durch den Deutschen Reichstag eine absolute Voraussetzung ist, die Aufnahme neuer Unterhandlungen ist, da sonst weder die finnische Regierung noch andere Rätefolge Finnlands Verhandlungswillig seien.

Neuwahl-Vorbereitungen in Polen

Oppositionsblock der Linken?

Warschau, 30. April | Ulsteins-Nachrichtendienst

Die Abgeordneten der linken polnischen Linken und Mittelparteien haben sich gestern in einer gemeinsamen Sitzung darauf geeinigt, an dem Staatsparlament die Unterstützung zur Einberufung des Verfassungsorgans zu erteilen. Nach der Verfassung muß der Präsident einer solchen Aufforderung zustimmen, falls 143 Abgeordnete sie unterstützen haben. Die Bewegung dieser Wählblock erscheint bereits gefordert.

Ein Teil der Presse vermutet, daß der Staatspräsident den Sejm unmittelbar nach dem Zusammentritt wieder auflösen werden, was er immer wieder beabsichtigt ist. In parlamentären Kreisen heißt es, daß dies nicht möglich ist. In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß dies nicht möglich ist. In parlamentarischen Kreisen heißt es, daß dies nicht möglich ist.

Der frühere Ministerpräsident Dr. Smolcinski, der jetzt Organisationsleiter der Regierungspartei geworden ist, hat jedoch auf einer Kundgebung durch das ganze Land die Stimmung für Neuwahlen nachdrücklich gefördert. Er sieht allerdings mit Einverständnis zurückgekommen zu sein, die das Regierungskabinett nicht gerade optimistisch stimmen. Bei den Oppositionsparteien wird die Auffassung einer gemeinsamen Liste aller Parteien und der Verfassung, den christlichen Parteien und den neuen „in Verfassungsparteien einengen. Eine solche Einheitsliste der Oppositionsparteien, neben denen außer dem Regierungskabinett nur noch die äußerste Rechte und nationale Wählergruppen genannt werden können, müßte bei Neuwahlen zum Staatsparlament über die Frage des Regierungssystems führen; und die

Wähler zum erstenmal deutlich zu dem Wähler für oder gegen Wahlblock zusammenfassen.

Das Parlamentarische eine Einheitsliste der großen Oppositionsparteien ist aber noch nicht endgültig gefestigt. Dennoch wird einwirken, auch noch eine Einheitsliste der Parteien in Vorbereitung gebracht, die gleichzeitig für sich allein eine starke Anziehungskraft ausstrahlen würde. Das Regierungskabinett ist allerdings dieser für die Sache wenig erfindlichen Aussehen bedürftig, Neuwahlen zunächst solange wie möglich hinauszuzögern.

Polnische Mai-Vorbereitungen

Warschau, 30. April | Ulsteins-Nachrichtendienst

Die Unterdrückung der Bombenanschläge in der polnischen Hauptstadt hat nach dem polnischen Parlament geführt, obwohl die polnischen Behörden eine für dieses Verbrechen sehr hohe Belohnung auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt haben.

Die polnische Kriminalpolizei setzt die Kommunistenorganisation vor dem 1. Mai verstärkt fort. Unter anderen kommunistischen Funktionären verhaftete sie gestern in Warschau einen gewissen Alexander Gronow, der an führender Stelle der illegalen kommunistischen Organisation in Polen tätig war. Gronow gehört zu den wichtigsten Führern im Jahre 1923 im polnischen Wagnis mit Genie und Erfolg gekommen aus der Schweiz durch Deutschland nach Ausland zurückzuführen. Er hat dann den Volkswirtschaftlichen in Berlin geleitet, gehörte dortigen dem Exekutivkomitee der Internationalen und dem Zentralrat der Kommunistischen Partei Südpolens an und ist auch in Polen schon früher tätig gewesen und deswegen einmal bereits verhaftet worden.

Er hat wurde der kommunistische Sejm-Abgeordnete Bericht übergeben, daß nach Zeugenaussagen gestern Abend während einer Arbeiterdemonstration Revolutionäre gegen die Polizei abgegeben haben soll.

